



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Familien und Soziales**

Sitzungsort : **59302 Oelde, Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Dienstag, 16.04.2013**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **18:15 Uhr**

Vorsitz

Frau Hiltrud Krause

Teilnehmer

Herr Hubert Bleß

als Vertreter von Herrn Soldat

Herr Wolfgang Bovekamp

Frau Andrea Geiger

Herr Eugen Gette

Herr Peter Hellweg

Herr Hubert Kobrink

Herr Helmut Mittelbach

Frau Katharina Noll

Herr Uwe Opitz

Frau Dr. Claudia Preckel

Herr Gerd Rembrink

Herr Alexander Ringbeck

Herr Michael Vennebusch

Herr Florian Westerwalbesloh

Frau Lena Wickenkamp

Herr Arno Zurbrüggen

Verwaltung

Herr Jens Brökelmann

Frau Mechthild Gröver

Herr Michael Jathe

Schriftführerin

Frau Hannelore Rampelmann

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Ralf Dickmann
Frau Elisabeth Lesting
Herr Wolf-Rüdiger Soldat

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung

Seite:

1. Einwohnerfragestunde
2. Befangenheitserklärungen
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.10.2012
4. Sozialplanung - Fortschreibung kreisweiter Pflegeplanung
Vorlage: M 2013/500/2716
5. Sachbericht Familienunterstützung - Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: M 2013/500/2719
6. Sachbericht Asyl
Vorlage: M 2013/500/2717
7. Sachbericht SGB XII
Vorlage: M 2013/500/2720
8. Seniorenarbeit - Altenhilfe
Vorlage: M 2013/500/2721
9. Verschiedenes
- 9.1. Mitteilungen der Verwaltung
- 9.2. Anfragen an die Verwaltung

Die Vorsitzende Frau Krause begrüßt die Ausschussmitglieder, Frau Haunhorst von der „Glocke“, eine Bürgerin sowie die Vertreter der Verwaltung.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen an den Ausschuss gestellt.

2. Befangenheitserklärungen

Es erklärt sich keiner der Ausschussmitglieder als befangen.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.10.2012

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig mit der Ergänzung genehmigt, dass die Frage von Herrn Ringbeck „Welche Alternativmöglichkeiten es bei der Wohnsituation von Asylbewerbern“ gibt, mit aufgenommen wird.

Beschluss: Der Ausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift mit der Ergänzung, dass Alternativmöglichkeiten seitens des Sozialamtes für die Unterbringung von Asylbewerbern vorgeschlagen werden sollen.

4. Sozialplanung - Fortschreibung kreisweiter Pflegeplanung Vorlage: M 2013/500/2716

Frau Gröver berichtet, dass mit der Aktualisierung des Pflegeberichtes der Kreis Warendorf die Entwicklung eines gemeinsamen Konzeptes zum Umgang mit Investorenanfragen insbesondere bei vollstationären Einrichtungen festgeschrieben hat. Die gleiche Intention verfolgt ein Antrag aus der Politik, dem der Kreistag am 14.12.2012 zugestimmt hat, so dass ein entsprechendes Konzept erarbeitet worden ist und in der Bürgermeisterkonferenz vorgestellt wurde.

Hintergrund ist der gesetzlich normierte Vorrang ambulant vor stationär, der Wunsch nach einer qualitativen Verbesserung der Versorgungssituation und letztlich für den Kreis und damit auch für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden eine mögliche Kosteneinsparung.

Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Zielsetzung, alternative Wohnformen und Quartiere weiterzuentwickeln und den Bau von großen vollstationären Einrichtungen zu vermeiden, da im Kreisgebiet eine ausreichende Versorgung mit vollstationären Plätzen gesehen wird.

Ein ungebremster Ausbau vollstationärer Plätze würde für die kommenden Jahrzehnte Fakten schaffen und innovative Ansätze blockieren.

Der kürzlich bei der Dienstbesprechung der Sozialamtsleiter beim Kreis Warendorf vorgestellte Pflegebericht enthält folgende wichtige Aussagen:

- Derzeit gibt es bis zum Jahr 2013 im Kreis Warendorf **32 stationäre Pflegeeinrichtungen und – plätze**. Lt. Prognose bis zum Jahr 2014 wird die Zahl der Einrichtungen dann 34 betragen. Hinzu kommen noch 3 Einrichtungen der Eingliederungshilfe in Ahlen, Beckum und Wadersloh. Die Versorgungsquote liegt im Landesdurchschnitt.
- Die **stationären Plätze** je 1.000 Einwohner über 65 Jahre betragen in Oelde 25. Die meisten stationären Plätze sind mit 101 in Beelen und 139 in Wadersloh zu verzeichnen. Hinzu kommen noch die 3 Einrichtungen der Eingliederungshilfe mit 128 Pflegeplätzen nach SGB XI in Ahlen, Beckum und Wadersloh.
- Die Anzahl der **Pflegewohngemeinschaften** ist in Oelde mit 35 angegeben. Im einzelnen sind in der Moorwiese 3 24 Plätze, im Haus Anna 8 Plätze und an der Wibbeltstraße 3 Plätze. Zur Ergänzung teilt Frau Gröver mit, dass im **Betreuten Wohnen** an der Moorwiese 1 30 Plätze sowie im Haus Anna 6 Plätze vorhanden sind.
- Die Folie über die **Bevölkerungsprognose im Kreis Warendorf** von 2011 bis 2030 sagt aus, dass die Gruppe der 40-65jährigen die stärkste Altersgruppe im Jahr 2011 und weiterhin bis zum Jahr 2030 sein wird. Zunehmen wird die Gruppe der 65 – 80jährigen und über 80jährigen. Die jüngeren Menschen werden bis zum Jahr 2030 weiter abnehmen.
- Der **Bevölkerungsaufbau im Kreis** zeigt anhand des Diagramms, dass die jüngeren Jahrgänge deutlich zurückgehen und die Altersgruppe der 65 – 80jährigen deutlich zunehmen wird.

Herr Vennebusch fragt an, wie viel Einwohner über 65 Jahre in Oelde wohnen.

Eine Übersicht wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Weil der Kreis seit 2003 keine Angebotssteuerung über Bedarfsaussagen mehr treffen kann, bestehen Möglichkeiten der Steuerung nur noch im Wege der Beratung auf der Grundlage einer aussagekräftigen kommunalen Pflegeplanung (Pflegebericht) sowie bei den Kommunen in vielen Fällen über die Bauleitplanung.

Voraussetzung dafür ist das Zusammenspiel von örtlicher Bauleitplanung und Sozialamt mit der Sozialplanung des Kreises und sowie ein Rückhalt in der Politik vor Ort.

Der Weg, den Politik und Verwaltung in Oelde u.a. bei den Überlegungen zur Nachfolgenutzung des Geländes der Erich-Kästner-Schule an der Wibbeltstraße oder der Vitusschule in Sünninghausen inzwischen beschritten haben, weist damit in die richtige Richtung. Die guten Ansätze gemeinsamer Abstimmungen sollten daher unbedingt weiterverfolgt werden.

Einen Baustein dieses Abstimmungsprozesses bildet die Besichtigung des Quartiers „Klostergarten Kevelaer“ am 14.03.2013, bei der alle Beteiligten aus Politik und Verwaltung richtungsweisende Informationen zum Projekt „Quartierswohnen“ erhalten haben. Informationen über das Projekt des Caritas-Verbandes Geldern-Kevelaer.e.V., die dahinterstehenden Ideen, den Entwicklungs- und Umsetzungsprozess sind den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden.

Zu der Frage von Frau Geiger, ob die Kommune allein über ein Quartierskonzept entscheiden kann, teilt Frau Gröver mit, dass der Kreis über das evtl. beabsichtigte Quartierswohnen von Oelde informiert

worden ist, nicht aber darüber entscheiden kann. Der Kreis will die Entwicklung eines Quartiers fachlich begleiten.

Pfarrer Bovekamp weist darauf hin, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass eine umfassende Pflege nur in einem Alters- oder Pflegeheim vonnöten ist. Möglich ist der Verbleib in einem Quartierswohnen auch bei einer höheren Pflegestufe. Außerdem ist die Ausstattung im Quartier durch verschiedene Schwerpunkte, wie z.B. Demenz, mit Unterstützung des Kreises Warendorf möglich.

Frau Krause unterstützt eine gute Ausstattung in einem Quartier.

Für die bestehenden stationären Einrichtungen besteht Bestandsschutz. Bis zum Jahr 2018 müssen alle stationären Einrichtungen nur noch Einzelzimmer bereit stellen. Das von-Galen-Heim hat bis zum 2018 noch hierzu Umbaumaßnahmen durchzuführen, kann aber nicht die Anzahl der Plätze erhöhen.

Die durchschnittliche Verweildauer in stationären Einrichtungen beträgt durchschnittlich 6 Monate. Die Standard-Größe einer neuen stationären Einrichtung liegt bei 80 Plätzen.

Frau Geiger unterstützt die Wohnortnähe der Bewohner in einer vollstationären Einrichtung.

Herr Jathe berichtet, dass die Bürgermeister im Kreis Warendorf eine Selbstverpflichtungserklärung unterschrieben haben, damit zukünftig nur noch bedarfsgerecht und mit allen anderen Kommunen abgestimmt das Angebot von Einrichtungen geregelt wird.

Da fast alle Fraktionen bei der Besichtigungsfahrt nach Kevelaer vertreten waren und innerhalb der Fraktionen Beratungen stattgefunden haben, bittet Frau Krause um die einzelnen Statements der Parteien:

- Frau Geiger bedankt sich seitens der CDU für die gute Organisation der Verwaltung zu der Besichtigungsfahrt nach Kevelaer. Im Gegensatz zu Kevelaer, wo für das Quartierswohnen 28.000 qm zur Verfügung gestanden haben, verbleiben in Oelde nur ca. 6.000 qm auf dem ehemaligen Erich-Kästner-Gelände für die Bebauung zur Verfügung. Jedoch könnte man z.B. das Drostenhof-Gelände sowie den Kindergarten mit in die Planung einbeziehen.
- Herr Westerwalbesloh unterstützt das Quartiersangebot seitens der SPD-Fraktion. Zusammen mit der Nachbarschaft soll ein Ideenwettbewerb zur Überplanung des Geländes stattfinden.
- Herr Ringbeck vom Bündnis 90/Die Grünen sieht eine große Chance in der Umsetzung des Projektes. So soll auf keinen Fall das Projekt in die Hand von einem Investor gegeben werden. Eine Durchmischung des Quartiers mit Kindern, verschiedenen Generationen, unterschiedliche Preise etc. soll hierbei berücksichtigt werden.
- Herr Bovekamp berichtet für die FWG, dass sich seine Partei intensiv mit dem Leben und Wohnen im Alter auseinander gesetzt hat. Dabei ist es seiner Meinung nach wichtig, verschiedene Hilfsangebote in das Quartier zu integrieren. Es soll ein neues „Wir-Gefühl“ entstehen, das ein Zusammensein in einer räumlichen Nähe unterstützt.

Lt. der Gesundheitsministerin Steffens des Landes NRW werden für die Organisation kleiner Wohngruppen Personen ausgebildet, die als Managerinnen das Alltagsleben begleiten. Hierzu werden Qualifizierungsmaßnahmen vom Land und der EU angeboten.

- Herr Zurbrüggen unterstützt für die FDP grundsätzlich den Ausbau eines Quartiers auf dem ehemaligen Erich-Kästner-Gelände.

Beschluss: Der Ausschuss befürwortet einstimmig die Fortschreibung der kreisweiten Pflegeplanung.

5. Sachbericht Familienunterstützung - Bildungs- und Teilhabepaket Vorlage: M 2013/500/2719

1. Nachfrage BuT-Leistungen

Frau Gröver teilt mit, dass seit dem 01.01.2011 alle Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre, soweit sie eine Schule besuchen und für die Grundsicherungsleistungen nach SGB II, SGB XII, Wohngeld Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz sowie Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, Leistungen aus dem sog. Bildungspaket erhalten.

Nach intensiver Beratung vor allem auch durch die Schulsozialarbeiterinnen an den Schulen werden die Leistungen in den Schulen sehr gut nachgefragt, insbesondere sind dies Leistungen für das Mittagessen und Klassenfahrten. Die vom Land für 5 Jahre refinanzierte Schulsozialarbeit wird im Jahr 2014 auslaufen. Wie es weitergehen soll, weiß man noch nicht.

Die Bewilligungen (SGB II, Wohngeld) erfolgen zentral beim Jobcenter des Kreises Warendorf, vor Ort wird entschieden im Bereich SGB XII und Asyl.

Die Gesamtausgaben für das SGB II betragen für das Jahr 2012	1,1 Mio. €.
Die Gesamtausgaben für das BKGG betragen für das Jahr 2012	516.000 €.
Somit Bildung und Teilhabe insgesamt im Jahr 2012	1,6 Mio. €

Die meisten Anträge in Oelde wurden für die Mittagsverpflegung (301) gestellt. Danach kommen die Klassenfahrten (226).

Nach überschlägig ermittelten Zahlen hat sich die Anzahl der berechtigten Kinder in 2012 zum Vorjahr 2011 etwas verringert:

	2012	2011
Kinder im Leistungsbezug SGB II:		
Bis 7 Jahre	158	146
Bis 15 Jahre	177	173
Bis 18 Jahre	58	63
Kinder im Leistungsbezug SGB XII/Asyl	17	13
Kinder im Wohngeld	315	360
Kinder mit Anspruch auf BuT-Leistungen	715	753

2. Nachfrage Familienunterstützung

Weiter teilt Frau Gröver mit, dass aus dem Etat Familienunterstützung (Ansatz 10.000 €) in 66 Fällen ein Zuschuss gewährt wurde. Die Summe der Unterstützungen beläuft sich auf 8.030,00 €, wobei Zuschüsse zu Sprachkursen der VHS mit 3.620 € den größten Anteil bilden, gefolgt von Zuschüssen zum Mittagessen (2.515 €), Ferienfreizeiten (735,00 €) und Klassenfahrten (660,00 €). Bei den Sprachkursen sind Nutznießer der Förderung überwiegend Erwachsene aus dem Bereich SGB II-Leistungen, für die keine anderweitigen Sprachfördermittel zur Verfügung stehen sowie Asylbewerber. Zuschüsse zu Mittagessen und Klassenfahrten gingen an Familien mit behinderten Kindern oder deren Geschwisterkinder.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6. Sachbericht Asyl
Vorlage: M 2013/500/2717

Frau Gröver berichtet, dass sich die Situation im Bereich Asyl 2012 durch die zahlreichen Veränderungen (Neuzuweisungen, Status-Änderungen, Abmeldungen) ebenso angespannt darstellte wie im Vorjahr. Die bis heute für 2013 bereits erfolgten oder angekündigten Neuzuweisungen deuten auf eine mindestens gleichbleibende Asylbewerberzahl im laufenden Jahr hin.

Zur Verdeutlichung einige Zahlen aus 2012: (Zahlen aus 2011 zum Vergleich)

- Neuzuweisungen/ Zugänge	46	(12)
- Abschiebungen:	1	(2)
- Anerkennung bzw. Duldungen, dadurch Änderungen in der Zuständigkeit der Leistungsbewilligung:	24	(2)
- Freiwillige Rückkehrer:	4	(2)
- Abmeldungen von Amts wegen:	4	(4)
- Arbeitsaufnahme:	3	
- Erneuter Leistungsbezug wegen Kündigung	2	

Die Häuser im Axthausener Weg 23, 23a, 23b sind aktuell mit 43 Personen, darunter 3 Kleinkinder, voll ausgelastet. Die größeren Zimmer sind alle mehrfach belegt. Auf dem Wohnungsmarkt lassen sich in Oelde derzeit nur sehr schwer angemessene Wohnungen sowohl für Einzelpersonen wie für Familien finden, so dass es bisher nicht gelungen ist, die Wohnsituation zu entschärfen. Dadurch kommt es immer wieder zu Beschwerden der Bewohner.

Im Rahmen der Betreuung der Asylbewerber durch die Pro Arbeit e.V. wird inzwischen wöchentlich eine Sprechstunde für die Bewohner in den Räumen „Am Bahnhof“ angeboten. Bei Bedarf kann ein Dolmetscher hinzugezogen werden. Mit dem Angebot hofft die Stadt Oelde vor allem immer wieder auftretende Missverständnisse unter den Bewohnern klären zu können.

Die Sozialarbeiterin soll weiter die Asylbewerber über die verschiedenen Anlaufstellen in Oelde bzw. Kreis Warendorf aufklären oder, sofern eine Arbeitsaufnahme erlaubt ist, ebenfalls bei der Suche nach einer Arbeitsstelle unterstützen.

Die Aufwendungen im Bereich Asyl lagen 2012 bei:

Ausgaben für laufende Leistungen:	222.580 €	
Einnahmen/Erträge in 2012:		
Landeszuweisung:	109.600 €	
(Aufstockung um 12.800€ erfolgte in 11/12 wg. Erhöhung der Regelsätze ab 01.08.12 und erhöhter Zuweisungen im laufenden Jahr)		
Benutzungsgebühren von Selbstzahlern:	8.390 €	
Sonst. Ersatzleistung, Erstattungen:	13.670 €	
Nettoausgaben Stadt Oelde:	90.920 €	
Interne Leistungen Bewirtschaftung Ü-Heime:	49.590 €	(+ 7.000 € gegenüber 2011)
Gesamtausgaben:	140.510 €	

In 2012 haben durchschnittlich 31 Personen laufende Asyilleistungen bezogen. 2011 lag die Zahl bei 26 Personen, 2010 bei 20 Personen.

Ergänzend teilt Frau Gröver noch mit, dass die Identität bei den Asylanten nicht immer genau feststeht, da einige Personen keinen Ausweis besitzen. Somit können diese Personen auch nicht abgeschoben werden. Jedoch ist es mittlerweile erlaubt, dass Asylbewerber sich in ganz NRW aufhalten können.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7. Sachbericht SGB XII Vorlage: M 2013/500/2720

Frau Gröver berichtet, dass die Stadt Oelde die Sachbearbeitung SGB XII sowie die Sachbearbeitung Asyl seit November 2012 über die neue Software Lämmkom der Firma Lämmerzahl abwickelt. Seit Januar 2013 ist die Umstellung kreisweit erfolgt. Die Auszahlungen erfolgen inzwischen problemlos über die Kreiskasse Warendorf; für Einmalzahlungen – z.B. Nachberechnungen, Neufälle - sind zwei feste zusätzliche Auszahlungstermine pro Woche vereinbart, so dass kein Hilfeempfänger längerfristig auf bewilligte Gelder warten muss.

Im Etat der Stadt Oelde werden dadurch die Aufwendungen für Grundsicherungsleistungen nach dem 3. und 4. Kap. SGB XII Produkte 05.01.02 +.05.01.03) sowie Krankenhilfeleistungen und sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen (Produkt 05.02.01) künftig nicht mehr in der bisherigen Form ausgewiesen. Eine kommunenscharfe Umverteilung der Kosten erfolgt im Rahmen der Kreisumlage. Ab 2014 wird der Bund die Grundsicherungsleistungen an die Kommunen erstatten.

Eine Schulung zu Fallzahlauswertungen, Kosten pro Fall etc. steht auf der Agenda, der von den kreisangehörigen Kommunen gewünschten Schulungen obenan. Die nachfolgende Aufstellung zur Fallzahlentwicklung und Kostenentwicklung erfolgte noch nach den von der Stadt Oelde ermittelten Zahlen:

	3. Kap. SGB XII Sozialhilfe	4. Kap.SGB XII Grundsicherung i. Alter u. dauerhafter EU	3. Kap. SGB XII Sozialhilfe	4. Kap.SGB XII Grundsicherung i. Alter u. dauerhafter EU	
	Fallzahlen Fälle/Personen Stand 12/12	Fallzahlen Fälle/Personen Stand 12/12	Ausgaben in Euro	Ausgaben in Euro	Gesamtausgaben In Euro
2009	17/20	127/143	94.023	565.091	659.114
2010	17/19	134/160	80.908	645.506	726.414
2011	16/18	142/168	128.905	714.565	843.470
2012	17/23	155/174	117.788	746.131	863.919

Im vergangenen Jahr zählten von den rd. 29.210 Einwohnern 6.525 Personen (22,3%) zum Kreis der über 65-Jährigen. 102 Frauen und Männer erhielten davon Grundsicherungsleistungen im Alter, was einem Anteil von etwa 1,6% entspricht.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8. Seniorenarbeit - Altenhilfe

Vorlage: M 2013/500/2721

Die Seniorenmesse unter dem Thema „Das Alter – Ihre Chance“ soll am Samstag, den 14. September 2013 von 10.00 – 18.Uhr im Rathaus stattfinden.

Alle Vereine, ehrenamtlichen Gruppen und Aussteller, die beim letzten Mal beteiligt waren, sind angeschrieben worden.

Angemeldet haben sich bis jetzt 17 Institutionen und Vereine. Bei einigen Stellen muss noch nachgefragt werden. Im Jahr 2008 haben sich 25 Aussteller angemeldet.

U.a. sollen ein Rollator-Parcours sowie das Kennenlernen von E-Bikes angeboten werden.

Mit der Bücherei und der VHS Oelde- Ennigerloh laufen Überlegungen zu Veranstaltungen, Vorträgen vor und nach dem Veranstaltungstag.

Herr Bovekamp befürwortet das Verbinden von Jung und Alt auf der Gesundheitsmesse, da seiner Meinung nach das Verständnis für das Älterwerden geweckt werden soll.

Herr Vennebusch machte den Vorschlag, evtl. die 72-Stunden-Aktion mit in die Organisation und Durchführung der Gesundheitsmesse einzubeziehen. Die Verwaltung teilt mit, dass die 72-Stunden-Aktion von kirchlichen Jugendverbänden durchgeführt wird und somit nicht in das Konzept der Stadt passt.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9. Verschiedenes

9.1. Mitteilungen der Verwaltung

Auf Nachfrage von Herrn Ringbeck teilt Herr Jathe zum Thema „Planung des bisherigen Geländes der Erich-Kästner-Schule“ mit, dass der Grundstückskaufvertrag in der kommenden Woche voraussichtlich unterschrieben wird. Anschließend wird mit dem Planungsamt ein Zeitplan zusammengestellt.

Zwischenzeitlich ist der Grundstückskaufvertrag unterschrieben und nachfolgenden Planungsablauf hat das Planungsamt der Stadt Oelde vorgestellt:

„Die Projektrealisierung der zur Verfügung stehenden Fläche durch die Nachfolgenutzungen „Erhalt des Turnhallegebäudes“ und „Erhalt des eingeschossigen Neubaus zur Einrichtung einer U 3-Betreuung einschließlich der Außenflächen“ sieht für das zur Verfügung stehende Plangebiet eine Reduzierung um mindestens 5.000 qm auf rund 7.800 qm vor.

Der Ablauf ist wie folgt geplant und sieht ein zweistufiges Auswahlverfahren vor, welches nun nach Kauf

des Grundstücks zeitnah durchgeführt wird (parallel hierzu soll die Freilegung des Grundstücks durch den LWL erfolgen).

- Erarbeitung und Veröffentlichung Exposé (Aufgabenstellung, Rahmenbedingungen, Verfahrensablauf.
- In der ersten Wettbewerbsstufe formulieren interessierte Investoren ihr grundsätzliches Interesse unter Nachweis ihrer Leistungsfähigkeit und Erfahrung gegenüber der Stadt als Trägerin des Verfahrens.
- Aus den eingegangenen Bewerbungen werden maximal 5 geeignete Teams aus Investoren, Architekten und Betreibern ausgewählt.
- In der zweiten Stufe werden diese Teams zur Abgabe eines Nutzungs- und Architektur-, und Betreiberkonzeptes für den Standort aufgefordert. Bestandteil der einzureichenden Unterlagen ist auch ein Kaufpreisgebot für die Flächen.
- Ein Auswahlgremium aus Vertretern der Stadt Oelde und hinzugezogenen Fachleuten wählt aus den eingereichten Arbeiten das Team aus, das den Zuschlag erhalten soll. Der Kaufpreis für das Grundstück wird zwischen der Stadt und dem ausgewählten Investoren endverhandelt.
- Auf Grundlage des Wettbewerbsergebnisses wird mittels städtebaulicher Verträge die Umsetzung sichergestellt.
- Die Zeitdauer für das skizzierte Verfahren ist ab Veröffentlichung der Ausschreibung mit ca. 6-8 Monaten in Ansatz zu bringen.“

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9.2. Anfragen an die Verwaltung

Keine Anfragen.

Hiltrud Krause
Vorsitzende

Hannelore Rampelmann
Schriftführerin